



Bericht des Vorstandes

Lebenswerke Stuttgart e. V.

Unsere Handlungsfelder haben sich erweitert.

Viele von uns haben einfach probiert, einfach gemacht. Ein Lebenswerke-Netzwerk von knapp 30 engagierten und zugleich kreativen Menschen ist entstanden. Unser Internet-Auftritt www.lebenswerke-stuttgart.de verhilft dabei zu einem guten Einblick. Wahrlich nicht alle Projekte können und wollen wir an dieser Stelle präsentieren. Oft stehen Respekt gegenüber den Engagierten und Zurückhaltung über dem Bestreben, sich in der Öffentlichkeit ständig zu präsentieren. Unser Anspruch ist es, Zukunftsthemen zu begreifen, entsprechend zu bearbeiten und im kollegialen Austausch, Erfahrungen „aus der Praxis, für die Praxis“ zu erweitern.

Es gilt die Kommunikation zwischen Bürgerschaft, Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung und Wirtschaft kompetent zu intensivieren und neue „Engagement-Räume“ analog und digital anzugehen. Dabei entwickeln wir eine adäquate Strategie für die jeweilige Stadtgesellschaft. Eine gemeinsame Aufgabe, die uns sehr reizt.

Folgende elf aktuelle Handlungsfelder möchten wir benennen:

1. Mit und für geflüchtete Menschen

ein neues Miteinander in der Mehrheitsgesellschaft schon wieder ganz aktuell.

Grundlage in den letzten Jahren ist der „Pakt für Integration“: Diese Vereinbarung knüpft an die Kooperationsvereinbarung vom 13.11.2015 und die Ergänzungsvereinbarung vom 06.12.2016 über die Zusammenarbeit beim Landesprogramm „Flüchtlingshilfe durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ an. Das Landesprogramm „Integration durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ ist eine Weiterentwicklung des im Jahr 2015 aufgelegten Landesprogramms „Flüchtlingshilfe durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“. In mehreren Förderprogrammen werden besondere Projekte mit unseren Mitgliedsstädten initiiert, begleitet und ausgewertet.

Die gelebte Vielfalt findet in den Städten statt. Es bedarf einer Koordination und oft auch einer fachlichen Begleitung verschiedenster Initiativen und die Pflege einer Anerkennungskultur.

Die Demokratiebildung spielt dabei ebenso eine große Rolle, wie auch die Wahrung von Sicherheit und Ordnung. Die Stadtverwaltung hat stets eine koordinierende Rolle inne.

Die Stadtgesellschaft arbeitet dabei sinnvollerweise mit einem „erweiterten Inklusionsbegriff“, der Integration und die Teilhabe aller Menschen als Haltung voraussetzt. Eine Differenzierung macht nur in der konkreten Zielgruppenarbeit Sinn. Dies gilt es ebenso politisch zu transportieren, wie immer wieder an allen Orten, zu jeder Zeit, für eine Mehrheitsgesellschaft und ein Miteinander zu werben sowie gute Beispiele adäquat in Szene zu setzen.

2. Zwischen Digitalisierung und „Social Media“

Nicht erst, seit ein Virus die Welt auf den Kopf stellte, gewinnen Soziale Medien und die Grundlagen der digitalen Transformation an Relevanz und Einflussnahme. Das schlichte Know-How müssen zunächst in der Einstellung dazu und im täglichen Umgang damit, erfahren und gelernt werden. Die jüngere Generation geht damit sichtbar und wahrnehmbar ganz anders um, als Ältere 50+, die bisher vornehmlich im Bürgerengagement zu finden sind. Das finden wir in vielen Teilen und Feldern der Gesellschaft wieder. Ein Austausch- und Lernfeld über die Generationen hinweg. Diese Entwicklung bewirkt zunehmend weitere „**Engagement-Räume**“ und auch Akteure, die es vorher gar nicht gab oder zumindest nicht bekannt waren. Angesichts dieser „Digitalisierungswelle“, die viel mehr als eine „Welle“ ist und die bleiben wird, brauchen Kommunen eine **Digitalisierungsstrategie** bzw. einen „**Digital-Kompass**“, einen Handlungskorridor, innerhalb dem sie nachhaltig und zielgerichtet vorgehen. Dazu rücken wir einen zentralen Baustein einer Strategie in den Mittelpunkt: Die Bürgerbeteiligung. Wir sehen neue Dimensionen der Beteiligung, die für die soziale Ausgestaltung der Digitalisierungsstrategie grundlegend sind.

3. Traditionelle übliche Beteiligungsformen reichen nicht mehr aus

Der demokratische Prozess in einer Kommune benötigt die Summe unendlich vieler individueller, sozialer, fruchtbarer Prozesse. Deren Regelwerk, die Kompetenzen, die Machbarkeit und die mögliche „Durchschlagskraft“ müssen vorher festgelegt werden und allen Beteiligten klar sein. Es braucht dabei auch die soziale Kompetenz und Empathie sich mit anderen Menschen auseinanderzusetzen, sich zusammenzutun, zu verbinden oder sich abzugrenzen. Die Herausforderung ist: Die Beteiligung der Bürger*innen im Rahmen eines Digitalisierungsprozesses wird gemeinhin auf die Information und die Bedarfsermittlung in Form von diskursiven Befragungen reduziert – analog wie online. Das ist die „traditionell übliche Form“ der Bürgerbeteiligung, die ohne Zweifel wichtig ist und ihren Stellenwert hat. Zur Bürgerbeteiligung zählen wir aber drei weitere Dimensionen, die berücksichtigt werden müssen, und zwar Beteiligung

als Wissenstransfer,

als das Überwinden einer neuen Form sozialer Armut und

als Teilhabe.

4. Beteiligung als Wissenstransfer in die Verwaltung

Die zweite Dimension, die des Wissenstransfers, folgt einem pragmatischen Gedanken. Die Bürger*innen können ein großer Wissenspool sein. Warum werden Kommunen nicht Nutznießer und transferieren das Wissen ihrer Bürger*innen in die Verwaltung. Oberbürgermeister Czisch hat in Ulm das „Verschwörhaus“ gegründet, das mittlerweile Leuchtturmprojekt ist. Unter der Trägerschaft der Stadt forschen interessierte Bürger*innen an digitalen Projekten und geben ihr Wissen weiter. Die Vorteile für die Stadt sind groß: Wissen wird transferiert, neue Zielgruppen gewonnen und passgenaue digitale Tools entwickelt. Weitere gute Beispiele lassen sich im StädteNetzwerk des Städtetags Baden-Württemberg und in der „Allianz für Beteiligung“ finden.

5. Der neuen „sozialen Armut“ vorbeugen

Der digitale Fortschritt birgt auch eine Gefahr, der – zumindest derzeit – viel zu wenig Beachtung geschenkt wird. In 2017 hatten lt. statista sieben Prozent aller deutschen Haushalte kein Internet. Der Digital-Index von D21 hat Anfang 2018 ermittelt, dass es ca. 12 Mio. „digital Abseitsstehenden“ gibt. Gerade diese Zielgruppe muss aktiv beteiligt werden. Was nicht passieren darf ist, dass Menschen aus finanziellen, technischen oder Bildungsgründen nicht an der „digitalen Kommune“ teilnehmen können. Das kann unter bestimmten Voraussetzungen zu einer neuen „sozialen Armut“ führen. Die kommunalen Digitalisierungsprozesse müssen für alle transparent und nachvollziehbar sein, alle müssen Zugang haben und alle müssen digitale (Weiter-)Bildungsmöglichkeiten haben. Das ist das Gebot der Daseinsvorsorge. Wir sind gespannt, inwieweit „Corona“ hier positiv gewirkt hat.

6. Teilhabe betrifft auch Digitalisierung

Die Digitalisierung in den Gemeinden und Städten wird auch neue Kommunikationsformen und neue Formen der Vergemeinschaftung mit sich bringen. Gerade gehandicapte Menschen sind von der Gefahr betroffen, nicht mehr daran teilhaben zu können. Auf der anderen Seite bietet gerade die Digitalisierung große Möglichkeiten, diese Menschen einzubinden und mitzunehmen: telemedizinische Angebote, neue Formen der Betreuung, bedarfsgerechte und automatisierte Services, die im alltäglichen Leben und im Bedarfsfall auch in der Not unterstützen. Die Chancen eine gerechte Teilhabe zu sichern sind da, es gilt nur sie in der „Digitalisierungsstrategie“ zu bedenken, da betreffende Zielgruppen leider nicht auf eine so potente Lobby zurückgreifen können wie andere Stakeholder.

7. Digitalisierung ganzheitlich, nachhaltig, gemeinsam und für alle

Die zentrale Frage lautet: Alle müssen beteiligt werden, aber wie? Es scheint ein steiniger Weg zu sein, den es zu beschreiten gilt, wenn „digital Vergessene“ teilhaben können und sollen. Klingt dies nicht von „vornherein“ ein wenig paradox oder gar naiv? Oder ist es nicht gar zynisch, ausgerechnet Menschen, denen der Zugang zu gesellschaftlich bedeutsamen Ressourcen fehlt, aufzufordern, an allgemeinen politischen Entscheidungsprozessen mitzuwirken? So kommt die Stadtverwaltung als zentrale Koordinierungsstelle ins Spiel. Eine zugehende, sozialraumorientierte Arbeit wird wichtig. Die sog. „stillen Gruppen“ müssen aufgespürt werden, z. B. durch „Nachbarschaftsgespräche“ und die Schaffung von weiteren „Orten der Begegnung“ in den Quartieren - und das digital unterstützt. Auch inszenierte Prozesse, wie der „Bürgerrat“, über „Zufallsbürger*innen“ bestückt, sind spannende Vehikel für alle. So muss es sein!

8. Die Bedürfnisse der jungen Generation: Klima, Migration und Gerechtigkeit

Die Jugendlichen von heute zeichnen sich durch eine "neue Ernsthaftigkeit" aus. Das ist das Fazit der Sinus-Jugendstudie 2020. Die Studie erforscht seit 2008 alle vier Jahre die Lebenswelten von 14- bis 17-Jährigen in Deutschland. Auftraggeber ist unter anderem die Bundeszentrale für politische Bildung. Nach Einschätzung der Forscher resultiert diese Haltung zu einem guten Teil aus der Sorge um die Umwelt und das Klima. Daneben seien auch Migration und soziale Gerechtigkeit große Themen. Forschungsdirektor Marc Calmbach sagt dazu: "Es ist eben nicht mehr die Spaßgesellschaft wie in den 90ern." Man stehe vor großen Herausforderungen, und die würden sensibel wahrgenommen. Der frühere Hedonismus sei stark zurückgegangen. Calmbach erklärt, die Forscher gingen davon aus, dass der Einsatz der Jugend für den Klimaschutz nicht abebben werde. Es sei manchmal eine ziemlich arrogante Erwachsenenhaltung, die Jugend daran zu bemessen, wie lange sie mit den Fridays-For-Future-Demonstrationen durchhalte. Das werde einer Generation nicht gerecht, die sich dieses Thema sehr effektiv und kreativ angeeignet habe.

Teenager fühlen sich nicht ernst genommen

Generell glauben der Untersuchung zufolge viele Jugendliche, dass weder sie noch die Klimakrise von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und in der älteren Generation ernst genommen würden. Mögliche Problemlösungen würden verschleppt oder sogar hintertrieben, zudem werde der Jugend die Teilhabe an Entscheidungen erschwert und die Politik vor allem von „alten weißen Männern“ dominiert.

Sinus-Jugendstudie: Die Sinus-Jugendstudie wird alle vier Jahre erstellt. Die qualitative Untersuchung ist nicht repräsentativ. Befragt wurden nur 72 Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren. Die langen und persönlichen Interviews erlauben Forschern aber einen guten Einblick in das Denken der Jugendlichen. Wegen der offenen Herangehensweise und der daraus resultierenden Tiefenschärfe ist die Methode in der Sozialforschung anerkannt.

Gute Noten für Politik in Corona-Zeiten

Im Umgang mit der Corona-Krise stellen die Jugendlichen der Politik hingegen ein gutes Zeugnis aus: Den Studienautoren zufolge vertrauen sie den Akteuren und sehen die Anti-Corona-Maßnahmen als nachvollziehbar und verhältnismäßig an. Die Teenager seien zwar genervt von den Einschränkungen, aber zugleich mitfühlend und verantwortungsbewusst. Die Befragten zeigen demnach wenig Angst vor einer eigenen Ansteckung, befürchten aber, andere Menschen anzustecken. Kritisiert wird aber eine verfrühte Öffnung der Schulen.

9. Die neuen Bedürfnisse der älteren Generation

Immer mehr Kommunen machen sich Gedanken über eine mögliche Strategie einer lebendigen Entwicklung für eine möglichst inspirierende Atmosphäre für jegliches Engagement, für hohe Lebensqualität und eine optimale Beratungslandschaft Senioren und Pflege heute und in der Zukunft. Ziel dieser Prozesse ist es, die vorhandenen Ressourcen in der Stadtgesellschaft und den dazugehörigen Ortsteilen zu nutzen, indem die Schlüsselpersonen und „Stakeholder“ im Bereich Engagement, Senioren und Pflege schon von Anfang an mit einbezogen werden. Es geht um einen Über- und Ausblick auf die meist nächsten 10 Jahre für die Handlungsfelder Begegnung, Beratung und Beteiligung, ganz explizit für Senior*innen und den Bereich Pflege. Die Stadtverwaltung übernimmt dabei eine koordinierende Rolle. Die Generationenübergreifende Strategie impliziert Felder des Engagements, Orte von Lebensqualität, Möglichkeiten der Gesundheitsbewahrung und der Fitness, Beratung für Leistungen der Pflegeversicherung, Häusliche Pflege, ergänzende Unterstützungsformen, Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige, Rund-um-die-Uhr-Betreuung, finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten, psychosoziale Angebote, um nur ein paar wichtige zu nennen. Eine möglichst optimale Beteiligungs- und Beratungslandschaft im Bereich für Senioren und Pflege hat somit mit Sozialraumtheorie zu tun, mit Wohnumfeldgestaltung, mit Atmosphäre, mit gesellschaftlicher Verantwortung, ganz konkret mit Nachbarschaftlichen Hilfen sowie „neue Formen des Hilfemixes“, Ressourcen im Quartier, in der Zivilgesellschaft allgemein zu tun. So fügen wir dieser „Senioren Strategie“ die Begriffe „Begegnung“ und „Beteiligung“ ganz bewusst hinzu. Wir gehen

dabei von einem Start in einen Prozess aus, der jedes Jahr mindestens neu in seiner Handlungsplanung überprüft, reflektiert und spezifisch ausgerichtet gehört. Er sollte für die nächsten 10 Jahre angelegt werden. Ein Papier mit relevanten Eckpunkten kann nur mit Beteiligung von verschiedensten Akteuren gelingen. Auch während dieses Prozesses müssen wir wach sein und stets schlaue Ideen entwickeln. Eine wahrlich spannende Herausforderung. Dazu können weitere, niederschwellige „Orte der Begegnung, Beteiligung und Beratung“ entstehen. Auch ist neben der so wichtigen „analogen“ Begegnung, Beratung und Beteiligung auch eine ebenso digitale Strategie sinnvoll. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) fordern aktuell zurecht den „Digitalpakt-Alter“. Der Zugang zum Internet muss für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Alter gewährleistet sein. Das ist das zentrale Ergebnis des 8. Altersberichtes der Bundesregierung. Teilhabe und Teilnahme am konkreten Leben bedeuten Lebensqualität. Und die neuen Medien sind dabei eine zusätzliche Chance und Hilfe auch bei Krankheit und Immobilität.

10. Die mögliche Zukunft: Unternehmerisches Engagement - CSR

Eine Priorität der Zukunft liegt im Engagement von Unternehmen.

Zum Begriff “Corporate Social Responsibility (CSR)”:

Der Begriff Corporate Social Responsibility - kurz CSR - ist seit einigen Jahren in der Breite der Gesellschaft und in der politischen Debatte angekommen. In Deutschland setzt die Nationale Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility- CSR) und die in Form eines "CSR-Aktionsplanes" von der Bundesregierung verabschiedet wurde, einen ersten institutionellen Meilenstein. Ihr ging ein mehrjähriger breiter Diskussionsprozess zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen und Akteure voraus. Einem gemeinsamen Verständnis folgend steht CSR danach für verantwortliches unternehmerisches Handeln im eigentlichen Kerngeschäft. CSR umschreibt damit ein integriertes Unternehmenskonzept, das alle sozialen, ökologischen und ökonomischen Beiträge eines Unternehmens zur freiwilligen Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung beinhaltet, die über die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen hinausgehen und die die Wechselbeziehungen mit den gesellschaftlichen Anspruchsgruppen (Stakeholdern) einbeziehen. Die praktische Umsetzung des CSR-Gedankens ist demzufolge wichtiger Bestandteil einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft und zugleich Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen einer globalisierten Welt. In vergleichbarer Weise definiert auch die Europäische Union CSR als ein System, das Unternehmen als Grundlage dienen soll, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit sowie in die Wechselbeziehungen zu ihren Stakeholdern zu integrieren. Gemäß einer EU-Richtlinie aus dem Jahre 2011 ist CSR „die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“. Auch die EU sieht in der CSR-Förderung ein geeignetes Instrument, um auf mittlere und lange Sicht günstige Bedingungen für nachhaltiges Wachstum, verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten und die Entstehung dauerhafter Arbeitsplätze zu schaffen.

11. LEBENSWERKE Verein und GmbH

Die Arbeit des Vereins ist dabei eng verknüpft mit der Lebenswerke GmbH. Beide sollen sich ergänzen und jeweils begleiten.

Wir alle lernen in und mit der Corona-Pandemie, so dass wir wieder handlungsfähig werden. Unser Verein ist offen für alle möglichen Ideen. Weitere kulturelle Aktivitäten stellen wir jetzt schon mal in Aussicht. Wir bleiben weiter im Austausch wie bisher.

Stuttgart, den 31.8.2021

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Müller', written in a cursive style.

Martin Müller

1. Vorsitzender